Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich Dr. Ewald Schulze in Halle.

[Fernsprechverbindung Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Dreiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Hallemit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 180. **Halle a. d. Saale, Dienstag den 18. April** **1899.**

Die politische Lage.

Durch die Zustimmung Englands zu den deutschen Vorschlägen über die Samoakommission, die Rede des Staatssekretärs v. Bülow und die einmüthige Zustimmung des Reichstags hat die politische Lage eine erfreuliche Klärung gefunden. Allenthalben, wo noch jüngst die stärkste Aufregung herrschte und schon mit der Möglichkeit eines Weltkrieges gerechnet wurde, ist jetzt Beruhigung eingekehrt, kein Mensch denkt oder glaubt daran, daß sich Deutschland ein Faschoda bereiten lasse; jenseits des Kanals tritt die Vernunft wieder in ihr Recht und auch jenseits des Oceans beginnt die Nüchternheit über den Fanatismus zu siegen. Die Mitglieder der Kommission bereiten ihre Reise nach der Südsee vor, sie werden schon in Washington persönlich mit einander Berathungen pflegen, und auf der Fahrt von San Francisco nach Samoa werden sie Gelegenheit haben, alle Vorgänge, die sich seit dem Tode des Königs Malietoa abgespielt haben, einer gründlichen Erörterung zu unterziehen, soweit bisher unzweifelhafte Thatsachen ihnen bekannt geworden sind. Sicherlich hat die Streitfrage noch nicht alle Bedenklichkeit verloren, aber heute herrscht durchweg die Ueberzeugung vor, daß es zu einer günstigen Lösung kommen werde, wenn auch die Ansichten über den Weg zum Ziele noch weit auseinandergehen. Die Projektenmacher haben gute Tage. Der eine vertauscht die Samoainseln mit einem Theil von den Philippinen, der andere macht andere Handelsgeschäfte, die leitenden Staatsmänner bleiben einstweilen von solchen Plänen unberührt, wenn auch der Staatssekretär v. Bülow erklärt hat, daß er eine reinliche Scheidung willkommen heißen würde.

In einem Punkte hat die Rede des Staatssekretärs jeden Zweifel beseitigt, nämlich, daß Deutschland ohne Rücksicht auf andere Gegner und Gefahren bereit wäre, seine Interessen und seine Ehre selbst in einem Kriege mit England zu vertheidigen. Dieser Gedanke war anscheinend den Briten bisher unfaßbar. Wenn sie mit der Möglichkeit eines englisch-deutschen Krieges überhaupt nicht rechneten, so können wir uns dessen nur freuen, insofern darin ein Bekenntniß liegt, daß ein Krieg zwischen diesen beiden stammverwandten Reichen eine Ungeheuerlichkeit, eine Ruchlosigkeit wäre. Allein jene Sorglosigkeit war vorelig und hochmüthig und bedurfte scharfer Zurückweisung, insofern ein Theil der englischen Presse anmaßend genug war, dem Deutschen Reiche die Möglichkeit eines Krieges mit England, die Kraft zu einem solchen Krieg abzusprechen. In dieser Ueberhebung lag vielleicht einer der Gründe für die bedenkliche Zuspitzung der Gefahr in der jüngeren Woche. Thatsächlich müssen die Beziehungen zwischen Berlin und London höchst gespannt gewesen sein, wenn die deutsche Regierung an das Kabinet von St. James die ernste Anfrage richten ließ, ob England überhaupt noch geneigt sei, dem Samoavertrag Rechtsgiltigkeit zuzusprechen. Eine solche Frage enthält einmal schon einen Zweifel an der Loyalität der fremden Regierung und sodann die Aussicht auf die Folgen, die eine unzureichende Antwort haben müßte. Lord Salisbury ist ein gewiegter, kundiger und thatkräftiger Staatsmann. Es scheint aber, als ob er in jüngster Zeit von unfreundlichen Gesinnungen gegen Deutschland erfüllt sei und der deutschen Politik Schwierigkeiten zu bereiten suche. Man führt diesen Umschwung in der Haltung des englischen Premiers auf gewisse persönliche Verstimmungen zurück, die wiederum ihren Ursprung im Klatschvereln zu haben scheinen. Vielleicht hat unzweifelhaft Lord Salisbury sich von der Unrichtigkeit der ihm zugetragenen Gerüchte überzeugt. Jedenfalls hat das englische Kabinet unzweifelhaft eingelenkt und verfolgt jetzt eine korrekte Linie, die, wie man hoffen darf, auch in Zukunft eingehalten wird.

Daß gerade von England neue Schwierigkeiten kommen würden, konnte um so weniger erwartet werden, als ein Abkommen zwischen beiden Reichen über wichtige Kolonialfragen getroffen ist, das noch nicht einmal der Oeffentlichkeit übergeben wurde. Damals sprach man schon von einem Schutz- und Trutzbündniß. Bei der Anwesenheit des Herrn Cecil Rhodes in Berlin feierte die britische Presse überschwänglich die Freundschaft zwischen England und Deutschland und sah schon das große Bündniß der angelsächsischen Völker verwirklicht. Woher der plötzliche Umschwung in Stimmung und Haltung der englischen Presse? Sollte in der That die öffentliche Meinung des Inselreiches, wenn sie wirklich die Haltung eines deutschen Konsuls für verfehlt erachtete, für die Mißgriffe einer einzelnen Person das ganze deutsche Volk verantwortlich machen? Dazu lag um so weniger Anlaß vor, als der Sachverhalt noch in keiner Weise geklärt war. Geklärt ist er auch heute noch nicht. Ihn zu klären wird erst die Kommission nach Samoa entsandt. Das Auswärtige Amt hat sich wohl gehütet, für jeden Schritt, der von den Deutschen auf Samoa gethan ist, die Verantwortung zu übernehmen. Aus der Haltung der offiziösen Presse ist vielmehr zu folgern, daß beispielsweise das Verfahren des Herrn Raffel bei der Erklärung, das Obergericht sei nicht mehr in Thätigkeit, entschieden desavouirt wird. Aber die deutsche Regierung hat auch keinerlei Veranlassung, alle Handlungen der englischen und amerikanischen Beamten für einwandsfrei zu halten. Und jetzt haben offenbar die neueren Berichte über das Verfahren des Admirals Kautz sowohl in Amerika wie in England eine veränderte Auffassung gefördert und den Standpunkt der deutschen Regierung unterstützt, daß an der einmüthigen Erklärung der drei Konsuln hinsichtlich der provisorischen Regierung festzuhalten und von hier aus zur Neuordnung der Dinge fortzuschreiten sei. Durch die Annahme der Einstimmigkeit für die Beschlüsse der Kommission ist vollkommen dafür gesorgt, daß Deutschlands Interessen nicht zu kurz kommen.

Wir dürfen daher erwarten, daß in einiger Zeit die Verstimmung, die ohne Zweifel einen gefährlichen Grad erreicht hatte, gänzlich verschwindet und einem um so freundschaftlicheren Einvernehmen weichen werde, als man sich in London und Washington der Bedeutung der Beziehungen zu Deutschland bewußt geworden ist. Deutschland ist als Gegner nicht zu unterschätzen, auch wenn seine Flotte nicht entfernt einen Vergleich mit der englischen aushalten kann, auch jede Aussicht, daß sie in absehbarer Zeit der englischen gleichwerthig werde, ausgeschlossen ist. Solchen Illusionen darf man sich in der That nicht hingeben, als könnte Deutschland, das in erster Reihe eine Landmacht ist und bleiben wird, eine Flotte aufbringen und bemannen, wie das Inselreich mit seinen reichen Kolonien in allen Welttheilen. Wenn Deutschland fünf Schiffe baut, wird England sicherlich fünfzig bauen. Ein Wettlauf wäre hier von vornherein verfehlt. Denn der Ausgang stünde fest. Auch liegt der Schwerpunkt der politischen Interessen für Deutschland immer auf dem Festlande. Man wird nicht vergessen, daß diese Rücksicht so handgreiflich ist, daß selbst eine Reihe der besten Patrioten lange Jahre jede wesentliche Vermehrung der Flotte für einen Fehler hielt und die Verwendung der dafür aufgebrachten Gelder zur Verstärkung des Landheeres verlangte. Das war insbesondere der Standpunkt sehr vieler Generale. Auch Fürst Bismarck, der von sich sagte, daß er kein Kolonialschwärmer sei, stand der Kriegsflotte skeptisch gegenüber und machte gelegentlich sogar Herrn Rickert schwere Vorwürfe, weil die Linke Herrn v. Stosch zu viel Geld für Schiffe bewilligt habe. Dieser Standpunkt ist aus der geschichtlichen Entwicklung wohl zu begreifen, und deshalb sollte man über ihn nicht gerade die Achseln zucken, wenn auch die wirthschaftlichen Zustände heute den Seeinteressen eine ganz andere Bedeutung anweisen als vor Jahren.

Da uns das Hemd näher ist als der Rock, wird es schon dabei bleiben, daß wir in erster Reihe immer an den Landkrieg mit zwei Fronten denken müssen. „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre." Die deutsche Nation hätte daher, wenn ihre Ehre verletzt worden, auch mit England kämpfen müssen, selbst auf die Gefahr hin, gleichzeitig von Rußland und Frankreich überfallen zu werden. Aber wenn jetzt die Gefahr eines Krieges mit England glücklich beschworen ist, so brauchen wir uns über die Folgen eines solchen Zusammenstoßes nicht zu täuschen. Es wäre dieser Krieg das größte Unglück, von dem Europa heimgesucht werden könnte. Denn das ganze System, auf dem heute der Friede der Welt beruht, und das Gleichgewicht in der Vertheidigung der Mächte wäre aufgehoben gewesen. Nichts wäre den Russen und Franzosen willkommener gewesen als ein Krieg zwischen Deutschen und Engländern. Das sind die beiden Nationen, die von unserem Nachbarn vom politischen Standpunkt aus als die gefährlichsten Gegner angesehen werden. Meint man, die Franzosen hätten, wenn die Deutschen auch nur eine Seeschlacht verloren, sich zügeln lassen und wären nicht nach Elsaß-Lothringen eingebrochen? Eingebrochen vielleicht wären sie nicht, aber den Versuch zum Einbruch hätten sie unzweifelhaft gemacht. Und meint man, daß die Russen Gewehr bei Fuß zugesehen hätten? Vielleicht so lange als die beiden Staaten, seine beiden Nebenbuhler, sich gegenseitig gründlich schwächten. Aber im entscheidenden Augenblick hätte Rußland das ganze Gewicht seiner Macht in die Wagschale geworfen, um Deutschland sowohl wie England nach Möglichkeit zu verkleinern. Wo aber hatten wir auf Bundesgenossen zu rechnen? Vielleicht bei Oesterreich, wenn die Ungarn das entscheidende Wort sprechen konnten. Ob auch bei Italien, kann nach den jüngsten Verbrüderungsfesten von Cagliari schon zweifelhaft erscheinen. Jedenfalls hätte der Krieg, der um Samoa ausgebrochen wäre, so ziemlich die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen. Und deshalb sind wir froh, daß die dunkeln gewitterschwangeren Wolken sich verzogen haben und wieder die Sonne des Friedens am Horizont erscheint. Doppelt froh sind wir dieses Ergebnisses, weil es erreicht ist unter voller Wahrung der Ehre und Würde der deutschen Nation.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 18. April. Der Kaiser begiebt sich zum 71. Geburtstage des Königs von Sachsen am 25. d. nach Dresden, um den sächsischen Monarchen persönlich zu beglückwünschen. Die Ankunft des Kaisers erfolgt gegen 12 Uhr mittags auf dem Bahnhofe Dresden-Strehlen. Der Aufenthalt des Kaisers ist nur auf kurze Zeit bemessen, denn schon um ½8 Uhr abends findet die Abreise von dort statt. Von Dresden aus fährt der Kaiser direkt nach Eisenach.

Herr Kammerherr Götz von Olenhusen theilt dem „Hann. Korr." mit, daß die „Braunschweiglichen Neuesten Nachrichten" auf die ergangene Aufforderung nunmehr erklärt haben, ihr Gewährsmann, von dem sie die Mittheilung über die bekannte angebliche Aeußerung des Kammerherrn Götz von Olenhusen erhalten, sei der Redacteur der welfischen „Deutschen Volkszeitung" in Hannover, Ritschbieter, der seinerseits bereit sei, diejenigen zu nennen, die ihm die betr. Mittheilungen zugehen gelassen haben. Herr Ritschbieter wird jetzt aufgefordert werden, seine Hintermänner zu nennen, deren Sache es alsdann sein wird, vor Gericht den Beweis der Wahrheit für die von ihnen gemachten Behauptungen rückhaltlos zu führen.

Die Kanaldebatten.

Vier Tage dauert nun schon die erste Lesung der Kanalvorlage und noch immer läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob sich für dieses große Kulturwerk, das wie kein zweites altpreußische Traditionen fortsetzt, eine Mehrheit im Abgeordnetenhause findet. Selten hat sich der Egoismus lokaler und gewerblicher Sonderinteressen so ausgesprochen in Widerspruch gesetzt mit der Grundforderung des Verfassungslebens, daß der Abgeordnete nicht Kirchthurminteressen vertreten, sondern die Wohlfahrt des gesammten Staates vor Augen haben und dementsprechend reden und handeln soll. Bezeichnend dafür war, daß gerade von konservativen Rednern der Vicepräsident des Staatsministeriums vor dem Lande mit der Frage geradezu gehöhnt wurde, ob er auch wirklich ernsthaft für den Kanal sei und daß die Minister für Landwirthschaft und Gewerbe mit lärmendem Widerspruch und höhnischen Zwischenrufen von der Rechten unterbrochen wurden, als sie vor der Uebertreibung der Sonderinteressen warnten. Der eigenthümliche Umstand, daß ein erheblicher Theil der Konservativen politische Beamte sind, die außerhalb des Parlaments die freiwillige und amtseidliche übernommene Verpflichtung haben, ihren Kreisinsassen gegenüber die Politik der Regierung nach allen Richtungen hin zu vertreten, macht die Situation für die Regierung besonders unerquicklich, zumal sie, als es noch Zeit war, vor den Wahlen, auf diese Entwickelung der Dinge hingewiesen worden ist. Um so mehr muß sie nun, da die Dinge sich einmal so weit entwickelt haben, durch die Bestimmtheit ihres gesammten Auftretens und die Eindringlichkeit ihrer Beweisführung zu wirken bestrebt sein, innerhalb der parlamentarisch gezogenen Grenzen, und dafür sorgen, daß im Osten und in Schlesien die Erkenntniß Boden faßt, wie sehr die eigenen Interessen gerade durch die Ablehnung des Kanals gefährdet würden. Mit Recht hat bereits der Finanzminister hervorgehoben, daß die Verkehrsverbesserungen, die ans Schlesien verlangt werden, gerade nach Annahme des Kanals die beste Aussicht auf Annahme haben, während die Ablehnung der Vorlage unzweifelhaft Stimmungen im Westen hervorrufen müßte, die sich den schlesischen Verkehrsansprüchen entgegenstellen würden. Ebenso ist es sicher, daß eine verständnißvolle Behandlung der Vorlage von den Vertretern des Ostens im Westen das Interesse an einer Verstärkung des Zollschutzes für die landwirthschaftliche Produktion befestigt, während die Ablehnung der Kanalvorlage, dazu noch aus den angeführten wenig stichhaltigen Motiven, verhängnißvoll auf die Solidarität zurückwirken müßte, die soeben bei der Vorbereitung der Handelsverträge sich so verständnißvoll bethätigt.

Die finanziellen Bedenken, welche die Gegner der Kanalvorlage gegen diese zu erheben pflegen, gründen sich auf die Höhe der Baukosten und auf den Ausfall an Eisenbahn-Einnahmen, welcher nach Herstellung des Rhein-Elbe-Kanals zu erwarten und in der Begründung der Vorlage auf zunächst 53 Millionen Mark berechnet ist. Demgegenüber schreiben die „Berl. Pol. Nachr.":

Mögen beide Momente bei oberflächlicher Betrachtung plausibel erscheinen, so bestehen sie eine eingehende Kritik doch nicht. Abgesehen davon, daß von dem Anlagekapital eine angemessene Rente und für die anfangs unvermeidlichen Ausfälle an Eisenbahneinnahmen in späterer Zeit ein mehr als ausreichender Ausgleich zu erwarten ist, kommt in Betracht einerseits, daß auch der dem Verkehrsbedürfniß entsprechende Ausbau des Staatsbahnnetzes einen sehr erheblichen Kostenaufwand verursachen würde und daß nach den neueren Erfahrungen die Steigerung des Verkehrs auf den Staatsbahnen keineswegs gleichbedeutend mit einer entsprechenden Vermehrung des Eisenbahnüberschusses ist, vielmehr im entgegengesetzten Sinne wirk. Es ist an sich mehr als zweifelhaft, ob das Staatsbahnnetz überhaupt so ausgestaltet werden kann, daß es ohne Ergänzung durch Kanäle den rasch steigenden Verkehr bewältigen kann. Sicher aber ist, daß dazu überaus kostspielige Bauausführungen nothwendig sein werden. Erwägt man, daß allein zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der verkehrsreichsten Strecken durch rasch auszuführende Bauten in den letzten Jahren 100 Millionen Mark flüssig gemacht sind, so erhellt, daß eine der Leistungsfähigkeit des Rhein-Elbe-Kanals gleichwerthige Ausgestaltung unserer Bahnen sicher nicht weniger kosten würde als der Ausbau des Kanals. Sodann sind die Mehreinnahmen aus den Eisenbahnüberschüssen im Jahre 1898/99 von den höheren Ausgaben des Betriebes bis auf den kleinen Rest von etwa 7 Millionen Mark wieder aufgezehrt worden. Daneben aber mußten aus den Rechnungsüberschüssen des Jahres noch 50 Millionen Mark für die durch die Verkehrszunahme bedingte Ergänzung und Erweiterung der Anlagen der Staatsbahnverwaltung verfügbar gemacht werden, so daß die Staatskasse von der Verkehrssteigerung, welche in den Mehreinnahmen der Bahnen von rund 62 Millionen über den Etat in Erscheinung trat, nicht nur keinen Vortheil, sondern einen Schaden von etwa 43 Millionen Mark gehabt hat. Dieser Verlauf der Dinge kann als typisch auch für die Zukunft gelten.

Würde der Rhein-Elbe-Kanal nicht gebaut, so würde man mit einer stetig wachsenden stärkeren Zunahme der Ausgaben, als der Verkehrseinnahmen, infolge der zur Bewältigung des Verkehrs nothwendigen Maßnahmen zu rechnen haben, welche sehr bald den bei dem Kanal anfangs zu erwartenden, dann aber stetig sinkenden Einnahmenausfall von 53 Millionen übertreffen würde.

In Wirklichkeit stehen daher finanzielle Bedenken der Herstellung des Rhein-Elbe-Kanals nicht entgegen.

Die Wandlungen der Sozialdemokratie.

Die amtliche „Berl. Korr." tritt heute der Behauptung von einer Umwandlung der Sozialdemokratie aus einer Revolutionspartei in eine soziale Reformpartei entgegen, indem sie an die Debatten über die vielbesprochene Bernstein'sche Schrift anknüpft. Den längeren hauptsächlich historischen Ausführungen entnehmen wir die nachfolgenden Schlußsätze:

Daß sich die sozialdemokratische Partei von verschwommene Schwärmerei immer mehr abgekehrt hat, ist zugegeben. Ist sie aber darum weniger gefährlich geworden? Diese Frage braucht nur aufgeworfen zu werden, um sofort eine verneinende Beantwortung zu erfahren. Die Sozialdemokratie bildet schon jetzt einen Staat im Staate, einen lebendigen, dem Staate ähnlichen Organismus mit einer straff organisirten Centralgewalt, mit einer wohlgeordneten und tadellos funktionirenden Finanzwirthschaft, mit den Anfängen einer eigenartigen repräsentativen Vertretung. Die unmögliche Herstellung eines Zustandes sozialer Vollkommenheit hat die Sozialdemokratie aufgegeben, die mögliche Zerstörung der bestehenden Ordnung verfolgt sie zielbewußt und mit berechneter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990418028/fragment/page=0001

Verwerthung ihrer fortgesetzt wachsenden Machtmittel. Da sie so verfährt, bedeutet jedes weitere Fallenlassen einer der früher von ihr verfochtenen utopischen Ideen eine Erstarkung ihrer revolutionären Kraft und somit eine Erhöhung ihrer Gefährlichkeit für Staat und Gesellschaft. Die sozialdemokratische Gefahr, welche die bestehende Ordnung fortgesetzt bedroht, erschwert zugleich die energische Fortführung der Sozialpolitik, weil die staatlichen Gewalten stets besorgen müssen, daß durch die sozialpolitische Reformarbeit die Machtfülle derjenigen Organisation gestärkt wird, die sich die Zerstörung des geltenden Gesellschaftszustands zum Ziele gesetzt hat.

Eine Mahnung an die Beamten.

Die Regierung hält es für nothwendig, durch den „Reichs- und Staatsanzeiger“ eine öffentliche Mahnung an die Beamten aller Ressorts zu richten. Es hat den Anschein, als ob die Aufrechterhaltung der Disciplin in der Beamtenschaft den obersten Behörden einige Sorge macht. In den parlamentarischen Verhandlungen wie in der Presse ist in letzter Zeit wiederholt die Frage der Beamtendisciplin Gegenstand von Auseinandersetzungen gewesen; besonders hat der Generalpostmeister v. Podbielski mehrfach erklärt, daß er es als seine erste Aufgabe ansehe, die strengste Disciplin in dem ihm unterstellten Beamtenheer aufrecht zu erhalten. Auch der preußische Finanzminister Herr v. Miquel hat bei der Frage der Beamtenanbesserung die Sorge um Erhaltung der Disciplin in den Vordergrund gestellt. Wie wollen nicht untersuchen, ob die heute vom „Reichs-Anz.“ veröffentlichte Mahnung an die Beamten gegenwärtig nothwendig ist, können uns aber nicht versagen, die Veröffentlichung dieser Kundgebung mit einigen Bedenken zu begleiten. Auch wir erkennen rückhaltslos an, daß die Disciplin in der Beamtenschaft erhalten bleiben muß. Aber man kann in der Sorge um die Erhaltung der Disciplin auch zu weit gehen und ist vielfach zu weit gegangen. Es ist kein Zweifel, daß eine „unzulässige und ungehörige Sprache“ von Beamten in ihren Vereinen nicht am Platze ist; es muß verurtheilt werden und wird auch in Beamtenkreisen verurtheilt, wenn in einer Versammlung der Postunterbeamten in aller Form ein Mißtrauensvotum gegen den Leiter der Postverwaltung beschlossen worden ist. Aber ebenso entschieden muß verurtheilt werden, wenn von oben her den loyalen Bestrebungen der Beamten auf Verbesserung ihrer Lage Mißtrauen und Widerstand entgegengesetzt wird. Die Kundgebung spricht abfällig von dem „massenhaften Zusammenschluß“ von Vereinsmitgliedern. Warum sollen sich die Beamten nicht massenhaft zusammenschließen, wenn sie glauben, durch Zusammenschluß besser ihre Interessen vertreten zu können? Das ist ihr gutes Recht, wie es auch ihr unbestreitbares Recht ist, „Fachorgane“ zu begründen und zu unterstützen, die sich die Förderung von Beamteninteressen zur Aufgabe machen. Mit welchen Mitteln hat die Postverwaltung jahrelang den Postassistentenverband verfolgt und seine Bestrebungen zu unterdrücken gesucht! Jetzt will Herr v. Podbielski mit demselben Verband unter Anerkennung seiner gedeihlichen Wirksamkeit Frieden schließen. Die Mahnung der obersten Verwaltung im Reich und in Preußen mag gut gemeint sein; aber es muß auch dafür gesorgt werden, daß die unteren Behörden mit der Auslegung dieser Mahnung keinen Mißbrauch treiben. Die Sorge um die Disciplin darf nicht dahin führen, daß die ohnehin karg bemessenen Rechte der Beamten noch mehr beschnitten werden.

Der Fall Arons

ist wieder einmal aufgetaucht, aber unter etwas seltsamen Umständen. Zu der neulichen Meldung der „Kreuzztg.“, daß das Disciplinarverfahren gegen den sozialdemokratischen Privatdozenten Dr. Arons an der berliner Universität eingeleitet sei, schreibt der „Vorwärts“:

> Die „Kreuzztg.“ hatte die ihr so erfreuliche Kunde früher erfahren als selbst der Betroffene. Die Freude des gottesfürchtigen Blattes war so lebhaft, daß es den von ihm sonst mit so viel Pathos vertretenen Grundsatz, Zeitungen sollen amtliche, nur durch Indiskretion ihnen zugetragene Dinge nicht aussplaudern, in den Wind schlug. Oder meinte die „Kreuzztg.“, die lautere Quelle wasche die Unsauberkeit der Indiskretionen rein?... Arons ist benachrichtigt worden, daß das Disciplinarverfahren gegen ihn eingeleitet worden ist. Die von ihm angesagten Vorlesungen sind nicht ans schwarze Brett der Universität angeschlagen worden. Diese Thatsache der vorläufigen Suspension zeigt, nach wie hohem Ziele der „Minister der Geistesfreiheit“ strebt. Die mehrfachen „Rückfragen“, die nach der „Kreuzztg.“ die Verzögerung des unkulturellen Kultusministerstreiches verursacht haben sollen, haben die Person des zu Disciplinirenden nicht berührt, es wird Anklage erhoben, ohne daß man den Beschuldigten überhaupt gehört hat. Auch ist nicht bekannt, wie sich die philosophische Fakultät der berliner Universität in ihrem Gutachten, das der Einleitung des Disciplinarverfahrens vorausgehen muß, ausgesprochen hat.

Man darf wohl annehmen, daß der Kultusminister Dr. Bosse neuerdings das Bedürfniß empfindet, sich den Scharfmachern gegenüber in ein günstigeres Licht zu setzen, nachdem diese ihm den Vorwurf des Zauderns entgegengeschleudert. Der Fall Arons schwebt nun schon seit über vier Jahren. Im März 1895 verfuchte der Kultusminister gegen den sozialdemokratischen Privatdozenten in einfachem Ministerialverfahren vorzugehen, wich aber vor dessen entschiedenem Hinweis auf die Fakultätsstatuten zurück. Damals entschuldigte er sich im Landtag gegenüber den Vorstößen der konservativen Dränger damit, daß die Sache ja keine sonderliche Eile habe. Noch bei der Berathung des Privatdozentengesetzes, wo Dr. Bosse den Standpunkt festhielt, daß er als Minister im Verwaltungswege disciplinären könne, daß er es nur vorziehe, mit einem Gesetz eine feste und klare Rechtsbasis zu schaffen, betonte er zur Rechtfertigung des gesetzgeberischen Umwegs, daß es sich im Fall Arons ja nicht um eine schleunige Angelegenheit handle. Jetzt aber nach vierjährigem Warten ist die Angelegenheit plötzlich so drängend geworden, daß nicht einmal mehr der Richterspruch abgewartet, sondern die sofortige einstweilige Enthebung von der akademischen Thätigkeit verfügt wird.

„Katholische Wahrheiten.“

* Aus Süddeutschland liegen ein paar bemerkenswerthe Kundgebungen römisch-katholischer Bischöfe vor. Zunächst waren in den letzten Tagen die bayrischen Bischöfe in Freising versammelt und haben an den bayrischen Klerus eine Erklärung herausgegeben, die in folgenden sechs Hauptpunkten gipfelt:

1. Die Kirche und ihr von Gott bestelltes Lehramt, nicht aber ein einzelner Gelehrter haben darüber zu entscheiden, was katholische Wahrheit ist oder was derselben widersprechend ist. 2. Alle wahrhaft guten Katholiken, um so mehr alle Priester, müssen den Entscheidungen der Kirche voll und innerlich Gehorsam leisten und eifrig darüber wachen, daß sie nicht in jene seinen Schlingen verstrickt werden, welche man gerade jetzt gegen den wahren und gegen den wahrhaft katholischen Geist bereitet. 3. Die katholische Kirche verwirft nicht die Wissenschaft, sondern den Irrthum; sie verdammt keineswegs die Freiheit einer gesunden und richtigen Forschung; aber sie verwirft die zügellose Forschung, die sogar die ewigen Wahrheiten unter dem Vorwande des Fortschritts entstellt oder korrigiren möchte. 4. Die Wahrheit, wie sie die katholische Kirche lehrt, ist allgemein und göttlich; es wäre darum eine thörichte Anmaßung, der katholischen Wissenschaft einen nationalen Charakter beilegen zu wollen. 5. Die bayrischen Oberhirten erklärten ebenso mit voller Entschiedenheit, daß die Erziehung des katholischen Klerus Sache der Kirche ist. Die Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns werden stets mit allem Eifer bemüht sein, diese wichtige Aufgabe im Sinne der Kirche und nach ihren Vorschriften zu erfüllen. Der Presse jedoch steht kein Urtheil über diese kirchliche Angelegenheit zu, noch viel weniger kann derselben eine Einflußnahme auf den Vollzug dieser oberhirtlichen Amtspflicht zugestanden werden. 6. Es ist gewiß keinem verwehrt, die Aufmerksamkeit der berufenen Wächter des Glaubens und der Disciplin auf dringende Zeitbedürfnisse hinzulenken, nur muß dies in der durch den kirchlichen Geist gebotenen Form und Bescheidenheit geschehen. Politische Organe und vollends kirchenfeindliche Zeitungen sind sicher nicht der Platz dafür.

Diese Erklärung richtet sich unverkennbar in den ersten vier Punkten gegen Professor Schell; dem Verdammungsurtheil der Schriften derselben durch die Index-Kongregation glaubt man noch das Tüpfelchen auf dem i hinzufügen zu müssen. In den beiden letzten Punkten nimmt die Erklärung das Freisinger Klerikerseminar unter ihren Schutz, gegen dessen Zustände ehemalige Zöglinge desselben und die Presse schwere und nicht widerlegte, allerdings aber auch auf andere Konflikte dieser Art anwendbare Anklagen erhoben haben. Das Urtheil der Bischöfe über die Presse kann nur erheiternd wirken, wenn man sich vergegenwärtigt, wie zahlreich der Klerus, ja selbst ganze Domkapitel, sich an der Politik und der Presse betheiligen, die auf diese Weise „die allgemeine und göttliche Wahrheit, wie sie die katholische Kirche lehrt,“ politisch an den Mann zu bringen sucht.

Eine etwas erfreulichere Mittheilung liegt aus Württemberg über den neuen Bischof von Rottenburg, Dr. Keppler, vor, der allerdings vor manchem seiner Amtsbrüder den Vorzug hat, vorher Universitätsprofessor gewesen zu sein. Er hielt an einem der letzten Tage in Stuttgart eine Rede, die darum noch besonders bemerkenswerth ist, weil sie im katholischen Vereinshause vor einer öffentlichen Versammlung stattfand. Bei aller Anerkennung, die er den klerikalen Leistungen im Parlament, in den Vereinen und in der Presse zollte, konnte der Bischof sich nicht enthalten, fortzufahren:

> „Ich brauche nicht zu warnen vor einer gewissen Gefahr, die verbunden sein kann mit dem äußeren Hervortreten im öffentlichen Leben, vor einer Veräußerlichung des katholischen Sinnes, nicht zu warnen vor einem Paradekatholizismus, einem Wirthshauskatholizismus, Vergnügungskatholizismus oder catholicismus saltatorius, wie man das schon genannt hat. Wir huldigen einer solchen Veräußerlichung des inneren Lebens nicht. Ich habe das volle Vertrauen zu Ihnen, daß Sie nie vergessen, daß das erste Vereinslokal, wo der katholische Mann die katholischen Interessen zu vertreten hat, die Kirche, das Gotteshaus ist, die erste Vereinsversammlung, der er anzuwohnen hat, der sonn- und festtägliche Gottesdienst, die erste Rede, die er halten muß, die Rede an Gott, sein tägliches Morgen- und Abendgebet. Ich habe offen geredet und fast muß ich mich entschuldigen, wie der heilige Apostel Paulus sich in seinem Brief an die Römer entschuldigt, daß er etwas kühn zu ihnen gesprochen habe, da er doch zu ihnen noch nicht in näheren Beziehungen getreten sei.“

Man sagt zwar, neue Besen kehren gut; doch wird man mit Befriedigung anerkennen, daß die Anschauung, welche aus den Worten des Bischofs Keppler spricht, doch eine ganz andere und zwar eine gesündere ist als die jener „Parade“-Erklärung der bayrischen Bischöfe zu Grunde liegende.

Parlamentarisches.

** **Berlin**, 17. April. In der Invalidenversicherungskommission erklärte beim § 8, der von der freiwilligen Versicherung handelt, Graf Posadowsky auf eine Anfrage, daß Redacteure und Berufsberichterstatter, deren Einkommen 2000 M. nicht erreicht, versicherungspflichtig seien, da sie als Betriebsbeamte im Sinne des Gesetzes zu gelten haben. § 8 wurde schließlich in einer von dem Beschlusse erster Lesung etwas abweichenden Fassung angenommen. Im § 9 wurde die Bestimmung aufrecht erhalten, daß eine durch Unfall herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit Anspruch auf Invalidenrente nur insoweit begründet, als nicht nach dem Unfallversicherungsgesetz eine Rente zu leisten ist. Gestrichen wurde dagegen eine in der ersten Lesung beschlossene Einfügung, wonach für die Berechnung der Invalidenrente als Verdienst eines körperlich und geistig gesunden Lohnarbeiters mindestens die Höhe des Lohnsatzes derjenigen Lohnklasse in Berechnung zu ziehen ist, welche im Falle der Invalidisirung des betr. Versicherten der Rentenberechnung zu Grunde zu legen wäre.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Den Postunterbeamten sind jetzt von der Reichspostverwaltung die Sommerstiefeln für die bevorstehende warme Jahreszeit zum größten Theile schon ausgeliefert worden. Die leichten Röcke können nicht nur im Außendienst, wie seitens der Briefträger bei ihren Bestellgängen, sondern dürfen auch von allen übrigen Unterbeamten im inneren Postbetrieb getragen werden und haben also dem ganzen großen Heere dieser Postbeamten eine sehr erhebliche Arbeitserleichterung gebracht. Leider jedoch ist diese nur den Unterbeamten zu theil geworden. Denn die sämmtlichen höheren Beamten der Postverwaltung (Assistenten 2c.) sind mit der Sommerkleidung nicht bedacht worden, sondern müssen ihren Dienst auch an den heißesten Tagen nach wie vor in dem dicken Wollenrock versehen.

* Petersbürger Blättern zufolge ist das Projekt der Telephonverbindung Petersburg-Warschau-Berlin bestätigt worden. Der Bau ist dem Ingenieur Nowicki, dem Erbauer der Telephonlinie Petersburg-Moskau, übertragen.

Volkswirthschaftliches.

* In Berlin nahm am Donnerstag v. W. auf Einladung des deutschen Fleischerverbandes eine große Anzahl deutscher Fleischwaarenfabrikanten einstimmig die in Frankfurt a. M. vereinbarte Resolution gegen das Fleischschaugesetz an. Damit wäre, wie die „Dtsch. Tagesztg.“ triumphirend verkündet, eine Einigkeit sämmtlicher deutschen Produzenten über die Grundsätze, nach denen die deutsche Reichs-Fleischbeschau zu regeln ist, herbeigeführt worden. Dem gegenüber wird aber jetzt verrathen, daß diese großartige Versammlung von insgesammt — 40 Personen besucht war. Daraus läßt sich wohl am besten ersehen, wie es mit der „Einigkeit der gesammten Produktion“ aussieht.

Heer und Flotte.

* Bekanntlich beschäftigt sich das preußische Kriegsministerium seit längerer Zeit schon mit der Frage, ob die Ernährung durch Zucker für die Mannschaften des Heeres nicht von wesentlichem Nutzen besonders für das Aushalten von Strapazen sei, und, wie bekannt, sind schon umfassende Versuche damit durch die Militärärzte angestellt worden; auch ist diese Frage bei der Berathung des Militäretats im Reichstage zur Sprache gekommen. Dem Vernehmen der „Kreuzztg.“ nach ist jetzt höheren Ortes angeordnet worden, daß je zwei Compagnien von zwei Regimentern eines jeden Armeecorps jetzt und besonders im Sommer längere Uebungsmärsche ausführen sollen, auf denen von den intelligenteren Mannschaften dieser Compagnien Versuche mit reinem Zucker und mit Pastillen aus Zucker mit Kaffee- oder Citronenzusatz, in Wasser in mitgeführten Blechbechern aufgelöst, angestellt werden, um festzustellen, ob sich dadurch Strapazen leichter ertragen lassen.

* Das deutsche Gouvernement in Kiautschou will, wie der „Ostas. Lloyd“ hört, einen Versuch machen, in Tsintau eine Truppe aus Chinesen heranzubilden. Zuerst soll ein Versuch mit einer Compagnie in Stärke von 100 Mann gemacht und, wenn dieser Versuch befriedigt, eine Bataillon angeworben werden. Ohne Zweifel bildet der chinesische Kult ein vorzügliches Soldatenmaterial. Das haben die etwa 4000 Mann in Woofung bewiesen, die unter Herrn v. Reitzenstein von deutschen Instrukteuren einexerzirt waren. Auch sonst sind mit chinesischen Truppen, namentlich der Artillerie, unter europäischer Führung hervorragend gute Erfolge erzielt worden. Indessen darf man doch nicht übersehen, daß alle von Europäern ausgebildeten chinesischen Truppen bisher noch keine ordentliche Feuerprobe bestanden haben. Im Frieden und als Polizeisergeanten haben sie sich vorzüglich bewährt, so lange sie unter europäischer Zucht standen. Ob dasselbe der Fall in der Schlacht sein wird, bleibt der Zukunft zu zeigen überlassen. Einerseits dürfte freilich eine chinesische Truppe im Ernstfall kaum einer europäischen gegenüber Stand halten, andererseits aber scheint es mehr als zweifelhaft, ob z. B. der von Deutschen ausgebildete Schantungmann zum Kampf gegen seine eigenen Brüder aus derselben Provinz zu gebrauchen wäre.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

67. Sitzung vom 17. April. 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesrathstisch: Staatssekretär Graf Posadowsky.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen folgt die erste Lesung des Fleischschaugesetzes.

Die Hauptbestimmungen dieses Gesetzes sind folgende: Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde, deren Fleisch zum Genusse für Menschen dienen soll, unterliegen vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung. Ausgenommen sind Schafe, Ziegen und noch nicht drei Monate alte Kälber und Schweine, deren Fleisch im eigenen Haushalt des Besitzers dieser Thiere verwandt werden soll. Fleisch, das aus Zolllinand eingeführt wird, unterliegt bei der Einfuhr einer amtlichen Untersuchung, doch ist der Bundesrath ermächtigt zu bestimmen, daß bei der Einfuhr von Fleisch, das nach der Art seiner Zubereitung und Gewinnung erfahrungsgemäß erhebliche Gefahren für die menschliche Gesundheit nicht bietet, die Untersuchung unterbleiben oder eingeschränkt werden darf.

Abg. **Gerstenberger** (Ctr.) weist auf den vielfachen Widerspruch hin, der gegen dieses Gesetz namentlich in Süddeutschland in der vorliegenden Form laut geworden sei und bedauert, daß der Staatssekretär auf eine Begründung verzichtet habe. Man scheine die Fassung des Gesetzes ganz dem Reichstag überlassen zu haben, und das sei gut so, denn es trage durchaus den Stempel der Zimmerluft an sich. (Heiterkeit.) Das Gesetz nehme keine Rücksicht auf die praktischen Verhältnisse des Lebens, wie schon die §§ 1 und 2 darthun. Die doppelte Fleischbeschau auch bei ganz jungem Vieh sei unmöglich durchzuführen, die Fleischbeschau bei Hausschlachtungen sei überhaupt entbehrlich. Werde § 2 angenommen, werde ein Sturm der Entrüstung durch ganz Süddeutschland gehen. Seien die Bestimmungen für das Inland zu streng und bureaukratisch, seien sie gegen das Ausland sehr milde. Nach § 16 Abs. 2 solle der Bundesrath bestimmen können, daß bei der Einfuhr ausländischen Fleisches, welches erfahrungsgemäß keine Gefahren für die menschliche Gesundheit biete, die Untersuchung unterbleiben oder eingeschränkt werden könne. Diese Bestimmung sei unannehmbar, sie scheine von der Ansicht auszugehen, daß nur die inländischen Bauern und Metzger Spitzbuben seien. Wie könne man zu den ausländischen Fleischfirmen und Beamten, die alle vier Jahre wechseln, Vertrauen haben? Lieber möge man die Einfuhr ausländischen Fleisches gänzlich verbieten und nur die Einfuhr lebenden Viehs gestatten. (Beifall rechts und im Centrum.) Er beantrage, die Vorlage zu ihrer Verbesserung an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Graf **Klinckowström** (L.): Die Landwirthschaft hat eine Regelung der Fleischschau für nothwendig, dieses Gesetz aber in vielen Bestimmungen für verfehlt. Der Osten und der Westen stimmen darin mit dem Süden überein, namentlich in der Forderung, daß das ausländische Fleisch unbedingt ebenso behandelt werde wie das inländische. In Preußen habe man ein Polizeistatut über die Fleischbeschau mit den Vertretungen der Landwirthschaft vereinbart, das unendlich besser sei als dieses Reichsgesetz. Es scheine, daß man der handelspolitischen Abtheilung des Auswärtigen Amtes mehr Einfluß auf wirthschaftliche Fragen einräume, als der Vertretung der deutschen Landwirthschaft. Dem Auslande sollen wieder unberechtigte Konzessionen gemacht werden. Durch die Bestimmungen über die Fleischbeschau werden nicht nur die Gutsbesitzer sowie beglaset, sondern auch die ländlichen Arbeiter, die sich ihr Schwein und ihre Kuh halten. Seine Freunde seien bereit, die Lasten der Fleischbeschau eventuell auf sich zu nehmen, dieselben aber unter keinen Umständen ihren Arbeitern zumuthen, sondern Ausnahmebestimmungen beantragen, wofür sie die Hilfe der sozialdemokratischen Partei zu erlangen hoffen. Redner wendet sich dann gegen die Einfuhr amerikanischen Fleisches und verweist auf die im spanisch-amerikanischen Kriege gelieferten verdorbenen Fleischkonserven. Wie könne der Bundesrath die Verantwortung für die Einfuhr gesunden Fleisches übernehmen? Konzessionen dürfen hier ebenso wenig gemacht werden wie bei einer eventuellen Aufhebung der Grenzsperre. Eine solche würde für unsere heimischen Viehbestände vernichtend sein, da die Seuchengefahr durchaus fortbestehe. Mit der Kommissionsberathung seien seine Freunde einverstanden.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Er habe ruhig abwarten wollen, welche Kritik an der Vorlage vom hohen Hause geübt werde, um auf diese dann zu antworten. Das Hauptbedenken richte sich dagegen, daß das ausländische Fleisch günstiger behandelt werden solle als das inländische. Das Gesetz sei ein hygienisches zum Schutz der Gesundheit deutscher Staatsbürger, keiner sei es ein veterinärpolizeiliches. Die Regierung sei durchaus geneigt, auch alles ausländische Fleisch derselben Kontrolle zu überweisen wie das inländische. Nur über die Form der Ausübung dieser Kontrolle herrsche Meinungsverschiedenheit. Er wundere sich, daß die Agrarier sich jetzt gegen die obligatorische allgemeine Fleischbeschau aussprechen, nachdem sie jahrelang für die Ausdehnung derselben eingetreten seien. Herr Abg. Mendel-Steinfels habe sich auch im preußischen Abgeordnetenhause für die Ausdehnung auf das platte Land ausgesprochen und auch die Fleischbeschau bei Hausschlachtungen für möglich gehalten. Der Herr Staatssekretär hebt sodann die Vorzüge der obligatorischen Fleischbeschau für die menschliche Gesundheit hervor und betont, daß es gegen ausländisches Fleisch in Büchsen, Würsten 2c. kein Untersuchungsmittel gebe und nur das absolute Einfuhrverbot übrig bleibe. Dies gehe nur in Verbindung mit einem Vieheinfuhrverbot. Hier komme doch auch die Volksernährung in Betracht und es frage sich, ob die einheimische Viehzucht hierfür ausreiche. Redner weist dann statistisch nach, daß Deutschland vorläufig das ausländische Fleisch nicht entbehren könne und hält deshalb die Einfuhr desselben für das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990418028/fragment/page=0002

kleinere Uebel, das auch der Landwirthschaft keinen Schaden bringe. Der vorliegende Gesetzentwurf beruhe auf der Initiative der preußischen Regierung und das preußische Staatsministerium habe ihm einstimmig — einschließlich des Landwirthschaftsministers — zugestimmt. Das Gesetz solle eine Uebergangsbestimmung sein, bis Deutschland des ausländischen Fleisches nicht mehr bedürfe.

Abg. **Wurm** (Soz.): Es sei die höchste Zeit, daß die Fleischkontrolle allgemein durchgeführt werde und Ausnahmen ein für allemal nicht gestattet werden. Der Einzelne müsse sich der Gesammtheit unterordnen, deshalb müsse die Fleischbeschau auch auf die Hausschlachtung, überhaupt auf jedes geschlachtete Stück Vieh ausgedehnt werden. Auch dürfe den Behörden hinsichtlich der Eintheilung der Bezirke kein allzu großer Spielraum gelassen werden, die Kontrolle müsse sich schon auf das lebende Vieh erstrecken, bei dem von den Besitzern so oft die Seuche verheimlicht werde. Freilich dürfe dem Besitzer weder durch die Seuche ein Schaden, noch durch die Fleischbeschau Kosten erwachsen. Das beste Mittel sei die obligatorische staatliche Viehversicherung. Die Kosten müssen in allen Fällen von der Gesammtheit getragen werden. Das ausländische Fleisch solle durchaus nicht ohne Kontrolle bleiben, es müsse in jedem Falle auf etwaige Gesundheitsschädlichkeit untersucht werden. Werde hier mit Strenge verfahren, werde das Ausland damit rechnen lernen und geeignete Beamte, eventuell deutsche Beamte, mit der Prüfung an Ort und Stelle betrauen. Natürlich müßten Bestimmungen über eine internationale Fleischbeschau vereinbart werden. Den Agrariern sei freilich der Schutz der Bevölkerung nicht die Hauptsache, sondern die Preissteigerung. Die Kontrolle müsse einheitlich durchgeführt werden, auch vor der Thür des Privatbesitzers.

Abg. **Sieg** (nl.): Seine Freunde wünschen durchaus das Zustandekommen eines Fleischbeschaugesetzes. Ob das vorliegende allen Anforderungen entspreche, bleibe dahingestellt. Die Wirkung des § 1 würde eine durchaus wohlthätige sein. Dagegen habe er gegen § 2 (Ausdehnung auf die Hausschlachtung) Bedenken. Gewisse Ausnahmen müssen als Uebergang gemacht werden. Der Landwirthschaft werden ohne Zweifel neue Lasten aufgebürdet, unter denen namentlich die kleinen Leute zu leiden haben werden. Wenn wir eine so scharfe Kontrolle annehmen, so sei die Voraussetzung selbstverständlich, daß das Ausland genau ebenso behandelt werde. Er glaube nicht, daß eine solche Kontrolle unmöglich sei, doch könnte man in Uebergangsbestimmungen schaffen. Werde weniger amerikanisches Fleisch eingeführt, werde dies stimulirend auf die deutsche Landwirthschaft wirken, die bald imstande sein werde, ganz Deutschland mit Fleisch zu versorgen. Die Pläne des Herrn Wurm bezüglich der Kontrolle des amerikanischen Fleisches werden nicht durchführbar sein. Wenn man große Ziele verfolge, wie dieses Gesetz, müsse man kleinere Schwierigkeiten zu überwinden wissen.

Abg. **Dr. Pachnicke** (frs. Vg.) bemerkt, die Vorlage bringe weder in juristischer noch praktischer Beziehung etwas absolut Neues. So weit eine Erregung in landwirthschaftlichen Kreisen über das Gesetz wirklich besteht und nicht künstlich in diese Kreise hineingetragen sei, beziehe sie sich auf die Behandlung der Hausschlachtungen durch dies Gesetz. Man wolle eben die Hausschlachtungen von aller Kontrolle freigelassen wissen. Wenn sonst alle Garantien für die Güte und Gesundheit der Thiere gegeben seien, werde man die Hausschlachtung ruhig anuehmen können, umsomehr als sie bedeutende Kosten verursachen würde, da eine sehr große Menge Schweine jährlich im Hauskalt geschlachtet werden. Die Kontrolle des ausländischen Fleisches wünsche auch er, Schutzmaßregeln gegen die Seuchengefahr seien nothwendig, nicht zu billigen sei es aber, daß man durch veterinäre Maßregeln protektionistische Zwecke verfolgen und auf Schleichwegen geschlossene Verträge umgehen wolle. Ganz so wie das inländische Fleisch lasse sich das ausländische nicht behandeln, grundsätzlich seien seine Freunde aber gegen die Ausdehnung der Vollmachten des Bundesraths. Andererseits könne man aber annehmen, daß der Bundesrath nur dann Erleichterungen bei ausländischem Fleische eintreten lassen werde, wenn er die feste Ueberzeugung habe, daß hinreichende Vorsichtsmaßregeln getroffen seien. Man könne auch wohl annehmen, daß die Regierung mit Amerika wegen dieser Materie in Verbindung treten werde.

Abg. **Holtz** (Rp.): Seine Partei stehe der Frage der Fleischbeschau wohlwollend gegenüber, wünsche aber auch eine Umarbeitung des Gesetzentwurfs. Der Herr Staatssekretär habe eine Rede des Abg. v. Wendel im Abgeordnetenhause citirt, aber vergessen, daß kurz vorher von den Konservativen im Abgeordnetenhause ein Antrag eingebracht wurde, der die obligatorische Fleischschau nur für gewerbliche Schlachtungen verlangte (hört, hört! rechts). Die Fleischschau im Haushalt lasse sich nicht durchführen, sonst müsse man noch das Fleisch im Kochtopf kontrolliren. Noch schwieriger sei die Kontrolle bei den kleinen Leuten. Redner fordert für das ausländische Fleisch dieselben Kontrollmaßregeln wie für das inländische und hofft auf gedeihliche Kommissionsarbeit.

Abg. **Lenzmann** (fr. Vg.): In Dingen, wo die Volkswohlfahrt und die Volksgesundheit in Frage komme, sollten die Interessen schweigen. Selbst Kosten und Polizeibelästigungen sollten hierbei nicht in Frage kommen. Jedoch dürfe die Fleischschau nicht zu einseitig und skrupulös ausgeübt werden, um dem Volkswohlstand durch Vernichtung vorhandener großer Fleischmassen nicht zu sehr zu schaden. Ueber die Grenze der Fleischbeschau müsse in der Kommission verhandelt werden, auch darüber, ob sie bei den Hausschlachtungen allgemein durchführbar sei. Sehr wichtig sei auch die geeignete Zubereitung des Fleisches und die Vermeidung des rohen Fleisches. Im übrigen sei die Doppelfleischschau nicht zu entbehren. Die Vorbescham des lebenden Viehs sei noch wichtiger als die des geschlachteten. Redner tritt dann für die Heranziehung der Kreisphysici und der Kreisthierärzte bei der Fleischbeschau ein und wünscht für die Zulassung zum thierärztlichen Studium die Ablegung der Maturitätsprüfung eines Gymnasiums oder eines Realgymnasiums. Das ausländische Fleisch können wir jetzt nicht entbehren, da unsere einheimische Viehzucht zur Ernährung des Volkes nicht ausreicht. Da es unmöglich sei, das ausländische Fleisch so wie das inländische zu kontrolliren, so müsse man sich eben mit dieser Unmöglichkeit abfinden. Die amerikanische Konkurrenz sei gut, damit die Agrarier nicht ganz die Fleischpreise diktiren können. Schon jetzt habe Fleisch und Speck enorme Preise erreicht. Mit der Kommissionsberathung sei er einverstanden.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Das Gesetz sei von vielen Seiten gefordert worden, und nun begegne es im Reichstag so vielfacher Opposition. Mehrere vorher geäußerte Wünsche seien erwogen worden, aber im Bundesrath nicht durchzubringen gewesen. Wenn die Einwendungen gegen die Hausschlachtung richtig seien, müßte dort überhaupt kein krankes Vieh geschlachtet werden; leider sei das Gegentheil erwiesen, wie sogar im Deutschen Landwirthschaftsrath der Korreferent für diese Frage zugestanden habe. (Zurufe rechts!) Das Gros der Abgeordneten sei einstimmig der Ansicht gewesen, daß die Fleischbeschau auch auf die Hausschlachtung ausgedehnt werden solle.

Hierauf wird die weitere Berathung des Gesetzes auf Dienstag, 1 Uhr vertagt, außerdem die Gewerbeordnungsnovelle auf die Tagesordnung gesetzt.

Schluß ½6 Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Audienz des Kardinals Kopp von Breslau beim Kaiser Franz Josef hat, wie die „Ostdeutsche Rundschau“ erfährt, demnach mit dem Kampfe des katholischen Klerus gegen die Uebertrittsbewegung im Zusammenhange gestanden. Kardinal Kopp soll vom Kaiser die Bewilligung erbeten und erhalten haben, in Oesterreich-Schlesien ein deutsches Priesterseminar zu errichten, in dem deutsche Priester für seinen in Oesterreich gelegenen Sprengel herangebildet werden sollen. Dadurch soll dem Mangel an deutschen Priestern in Schlesien gesteuert und die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem katholischen Klerus vermindert werden, in der Hoffnung, daß dadurch die Neigung zu Uebertritten schwinden werde. Bisher wurden die Priester auch für Schlesien im fürsterzbischöflichen Seminar von Olmütz herangebildet, das jedoch schon unter dem vorigen Fürst-Erzbischof Kardinal Fürstenberg und noch mehr unter dem jetzigen Fürst-Erzbischof Kohn fast nur tschechisch-nationale Geistliche herangelegt. Das geplante Kopp'sche Seminar soll von dem Olmützer vollkommen getrennt werden.

In Wien fand bei der Hauptversammlung des katholischen Schulvereins der Festredner, Priester Hauer aus Linz: „Wir kennen keine Staatsallmacht, sondern nur eine Allmacht Gottes, aber keinen Staatsgötzen.“ Der Regierungsvertreter unterbrach den Redner, der Vorsitzende erklärte aber die volle Berechtigung des Ausspruchs, da der katholische Schulverein ein unpolitischer Verein sei. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung gegen denselben ebenso vorgehen wird, wie gegen die deutschen Vereine.

Afrika.

Der Strafzug nach Benin wird aus 200 Mann Niger-Schutztruppen mit einem Siebenpfünder, einer Maschinenkanone und einer Raketenbatterie unter dem Befehle des Majors Carter bestehen. Das Ziel der Expedition ist eine Stadt, Ibumo genannt, die die Hauptlinge Ologbosheri, der Anstifter der letzten Metzelei, und Abohun seit dem verflossenen Jahre zu ihrem Hauptquartier gemacht haben. Dort haben sie beständig die Menschenopfer fortgesetzt. Ologbosheri ist ein sehr mächtiger Häuptling. Er und Abohun haben eine starke Stellung mit einer Streitkraft von mindestens 400 bewaffneten Kriegern inne.

Provinzialnachrichten.

St. **Vom Brocken**, 17. April. [Wetterbericht.] Nachdem am Freitag Mittag bei stürmischem Südwind unter energischem Aufklären und schneller Erwärmung erfolgten Umschlag ist die Witterung auf dem Brocken in den beiden letzten Tagen mehrfachem Wechsel unterworfen gewesen. Am Freitag Abend trat zunächst wieder dichter Nebel ein, der, bei gelindem Frost bis zum anderen Vormittag anhaltend, wieder zu starker Rauhreifbildung Anlaß gab. Am Sonnabend wechselten alsdann, bei beständigem Thauwetter, mehrfach Schnee- und Graupelböen mit klarem, sonnigen, wenn auch stürmischen Wetter; gestern, bei mäßigem Südwest und ununterbrochenem dichten Nebel, Thauwetter mit gelindem Frost. Stand am Freitag vormittag, als so schnelles Aufklären eintrat, die von zusammenhängender Schneedecke bedeckte Brockenkuppe noch in eigenartigem Gegensatz zu den grünen Saatfeldern des absolut schneefreien Tieflandes, so schwand alsdann auch bei uns schnell das winterliche Aussehen der Landschaft, da auch bei gelindem Frost und dichter Bewölkung wenigstens am Tage die Erdoberfläche sich unter dem Einfluß der Sonnenstrahlen über den Gefrierpunkt erwärmte. Erst als nach wiederholten starren Schnee- und Graupelfällen gestern Abend das Thermometer entschieden unter den Gefrierpunkt hinabging, begannen Witterungs- und Landschafts-Charakter auf der Brockenkuppe wieder echt winterlich zu werden, und nachdem die Lufttemperatur in letzter Nacht bis gegen —3° gesunken ist, liegt heute auf dem Brockengipfel wieder eine fast 10 cm hohe Schneedecke, während, das Winterbild vervollständigend, die Rauhreifbildungen stellenweise auf 20 cm angewachsen sind. Die späteren Nachmittagsstunden des Sonnabends waren durch eine Fernsicht ausgezeichnet, welche von einer seltenen Klarheit und insofern besonders bemerkenswerth war, als sie sich nicht, wie in der Regel bei plötzlich auftretendem Weiter, auf die von der herrschenden Windrichtung abgewendete Seite beschränkte, sondern auf allen Seiten nahezu bis zu denjenigen Bergen und Ortschaften reichte, deren Sichtbarkeit nur eben im Bereiche der physischen Möglichkeit liegt: vom Hildesheimer Wald und Braunschweig schweifte der Blick bis zu den Bergrücken des Thüringer Waldes, von den Wesergebirgen bis zum Petersberg, bis Halle und Magdeburg, dessen Dom, gleichwie die Thürme von Halle eine Zeit lang mit unbewaffnetem Auge sichtbar waren. Seit etwa 3 Jahren hat der Brocken eine derart klare und zugleich umfassende Fernsicht nicht geboten.

* **Nordhausen**, 17. April. [Selbstmordversuch.] Gestern nachmittag versuchte ein junges Mädchen im Alter von 20 Jahren sich in der Zorge zu ertränken. Bei dem geringen Tiefstand derselben gelang es ihr aber nicht, ihren Oberkörper unter das Wasser zu bringen, so daß sie von zwei vorübergehenden Männern wieder herausgezogen und dem Krankenhause zugeführt wurde. Liebeskummer soll der Grund für ihr Beginnen gewesen sein.

* **Heiligenstadt**, 17. April. [Eine Kirchner-Affäre en miniature] hat Heiligenstadt aufzuweisen. Berlin wartet schon länger als ein Jahr auf die landesherrliche Bestätigung seines Oberbürgermeisters, hier wartet man auch bereits seit 9 bezw. 3½ Monaten auf die regierungsseitige Bestätigung des von den Stadtverordneten am 29. Juli 1898 zum städtischen Beigeordneten (Bürgermeister-Stellvertreter) gewählten Rathmanns Rheinländer und des am 11. Jan. 1899 zum Rathmann der Stadt gewählten Stadtverordneten Hagemann. Beide Herren haben sich seit langen Jahren schon im Dienste der Stadt bewährt; ein greifbarer Grund für die Verweigerung der Bestätigung ist nicht zu ersehen.

* **Erfurt**, 17. April. [Eine nette Geschichte] wird hier viel belacht. Wie der „Nordd. Ztg.“ erzählt wird, kam da vor einigen Tagen ein Herr in Zivil in das hiesige 1. Polizeirevier und fragte hier einen der wachthabenden Polizeisergeanten, ob im Revierbezirk nicht eine mittlere Wohnung frei wäre. Der offenbar schlecht gelaunte Beamte „schnauzte“ den Herrn an, daß das Polizeibureau keine Wohnungen nachweise und er sich daher anderswohin scheeren möge, ließ sich aber doch herbei, den Fremden nach seinem Namen zu fragen. „Ich heiße Mund!“ meinte der Herr. — „Mund? Mund? Da heißen Sie ja wie der neue Polizei-Inspektor?“ — „Der bin ich selbst!“ — Tableau!

+ **Stadtfurt**, 17. April. [Bergvorschule.] Als Lehrer an der hierorts in dem bergfiskalischen Hause auf dem Windmühlenberg neu errichteten Bergvorschule, deren Unterricht am 1. Mai beginnt, fungiren: Bergmeister Neumann, Bergfaktor Martin, Mittelschullehrer Deckert und Bauwerkmeister Welchert. An dem Unterricht nehmen zunächst 10 Schüler theil, die für ihre Aufnahme eine Vorprüfung abgelegt haben.

* **Hettstedt**, 17. April. [Unglücksfall.] Als das 2 Jahre alte Kind des Stellmachers O. Buchmann in Gräfenhagen in Abwesenheit der Eltern an dem Ofen herumspielte, fingen die Kleider desselben Feuer, wodurch das Kind so schwere Brandwunden erlitt, daß es nach mehreren qualvollen Stunden durch den Tod von seinen Schmerzen erlöst wurde.

≏ **Eisleben**, 17. April. [Frühjahrsgewitter.] Bei einem am Spätnachmittage über die Stadt ziehenden Gewitter traf ein Blitz den großen Thurm der Andreaskirche. Zum Glück zündete er nicht. Außer Beschädigung an der Schieferbekleidung und dem Gesims muß die Thurmuhr gelitten haben, denn sie ist sofort nach dem Schlage stehen geblieben.

⊙ **Pretzsch a. E.**, 16. April. [Unglücksfall.] Der beim Brauereibesitzer A. Dietze hier in Arbeit stehende Tagelöhner Boeser aus Pretzsch war gestern im Begriff, für seinen Dienstherrn eine Fuhre Stroh zu holen. Boeser lud das Stroh auf, im Begriff, das über die Fuhre zu spannende Seil festzuziehen, wobei das Seil riß, stürzte B. von der sehr hoch geladenen Fuhre Stroh herunter und zog sich schwere innere Verletzungen zu. B. wurde auf Anrathen des sofort hinzugezogenen Arztes nach Wittenberg in das Paul Gerhardt-Stift gebracht.

— [Geistliche Stellen.] Durch die Versetzung ihres Inhabers ist die Pfarrstelle in Lindstedt (Diözese Gardelegen) vakant geworden. Die Stelle, zu welcher drei Kirchen gehören, steht unter Privatpatronat und gewährt neben freier Wohnung nach Abzug von rund 180 M. für Filialfuhren 2c. ca. 4610 M. Die Wiederbesetzung erfolgt für den gegenwärtigen Fall nach Ueberlassung seitens des Privatpatronats durch das Königl. Konsistorium der Provinz Sachsen. Bewerbungsgesuche sind schleunigst einzureichen. — Am 1. Quartal 1899 haben die Kandidaten der Theologie: Brauchoff aus Weimgerode, Günther aus Roßa, Hemmleb aus Kelbra, Lagois aus Möckern, Lampe aus Eilsdorf, Theodor Oelze aus Blankenburg, Peters aus Gommern, Dr. Rothstein aus Buhl, Goetze aus Merseburg, Kalmus aus Stibl, Kaupisch aus Basel, Kobelt aus Thürnthum, Reichardt aus Kuden, Riedldorf aus Bernsdorf, Seelmann aus Emsleben die Prüfung pro ministerio bestanden.

* **Weimar**, 16. April. [Die Beerdigung des verstorbenen Geh. Medizinalrath Dr. Gräfe] fand gestern hier statt. Von der Universität Halle waren der derzeitige Rektor Prof. Kautzsch und der Dekan der medizinischen Fakultät Geh. Medizinalrath Dr. Eberth erschienen. Im Hause fand für die tiefgebeugte Familie (außer der Wittwe trauern am Grabe drei Söhne und drei verheirathete Töchter) und für den engeren Freundeskreis eine Trauerfeier statt, bei der ein Schwiegersohn des Verstorbenen, Pastor Thümmel, die Ansprache hielt; auf dem Friedhof sprach Hofprediger Dilthey. Die Künstlerwelt Weimars verliert an dem Verewigten nicht nur einen warmen Freund aller Musen, sondern auch einen großmüthigen Mäcen.

* **Weimar**, 17. April. [Folgendes Schreiben des großherzogl. Bezirksdirektors zu Weimar] dürfte unseren Lesern eben so viel Freude bereiten, wie den Lehrern, an die es gerichtet war: „Sie erhalten hierbei 10 Stück vom Deutschen Kriegs- und Militär-Abreißkalender zu gefälliger Vertheilung an die Mitglieder Ihrer Konferenz, welche nach dem Willen des Gebers aufgehängt und gelegentlich, am besten wochenweise, den Kindern erklärt werden sollen.“

* **Altenburg**, 17. April. [Regierungspräsident a. D. Schönherr †.] Vor einigen Tagen starb infolge eines Schlaganfalles der letzte Präsident der vormaligen herzoglichen Landesregierung, Regierungspräsident a. D. Ludwig Schönherr im Alter von nahezu 90 Jahren.

* **Braunschweig**, 17. April. [Zur Lohnbewegung im Bauhandwerk.] Die Maler sind zum Theil gleichfalls in den Streik eingetreten. Sie fordern in der Hauptsache 42 Pf. Minimallohn, auf die übrigen Löhne 4—6 Pf. Aufschlag und 9½ stündige Arbeitszeit. Gestern mittag fand eine Malerversammlung statt, in der 119 Gesellen erklärten, daß sie die Arbeit niederlegten. Uebrigens wird in den größeren Geschäften weitergearbeitet. Die Zahl der noch Arbeitenden beträgt ca. 200. Auch der Gesellenausschuß der Tischler hat eine Reihe von Forderungen aufgestellt, über die in der gestrigen Innungsversammlung verhandelt wurde. Die Forderungen sind folgende: 9½ stündiger Arbeitstag (dies wurde seitens der Meister bewilligt, mit Ausnahme des Sonnabends), 35 Pf. Minimallohn (abgelehnt), 10 Proz. Lohnaufschlag für diejenigen Gesellen, welche bereits 33 Pf. und darüber verdienen (bewilligt), 25 Proz. Zuschlag bei Ueberstunden und Sonntagsarbeit (es wurden 10 Proz. für Ueberstunden und 25 Proz. für Sonntagsarbeit bewilligt), Lohnzahlung am Freitag (bewilligt), bei Accordarbeit sollen die Löhne geschickt werden (abgelehnt).

* **Aus dem Königreich Sachsen**, 17. April. [Unfall-Chronik.] Die Familie des Handschuhmachers Karl Zinner in Johanngeorgenstadt wurde von einem schweren Unglücksfall betroffen. Ein sechsjähriges Söhnchen, welches erst letzte Ostern in die Schule aufgenommen worden war, fiel, wahrscheinlich beim Fangenspielen mit anderen Schulkameraden, in die mit Reisig bedeckte Jauchengrube im Hofe eines Nachbars, ohne daß jemand etwas merkte. Erst gegen abend wurde der kleine Leichnam, nach dem man vergeblich gesucht, gefunden. — Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich heute vormittag in einer Maschinenfabrik an der Dorfstraße im Stadttheil Alt-Chemnitz. Daselbst gerieth ein erst heute dort in Arbeit getretener Klemer aus Helbersdorf beim Auflegen eines Treibriemens mit der Hand zwischen die Scheibe und wurde dadurch mehrere mal um die Transmission herumgeschleudert. Der Aermste hatte außer mehreren Beinbrüchen eine Zerschmetterung der Schädeldecke erlitten, wodurch der Tod augenblicklich eintrat. — Vorletzte Nacht schoß sich in Mittweida auf offener Straße der 19jährige Technikumschüler R. aus Berlin in selbstmörderischer Absicht eine Kugel in den Kopf, wodurch er schwer verwundet wurde. R. hatte zuvor die Schußwaffe auf einen Schutzmann gerichtet.

Im Rathskellergebäude grosse Special-Abtheilung für
Posamenten
Kurzwaaren, Strick-, Näh- und Häkel-Garne und sämmtliche Zuthaten für Damen-Schneiderei.
Geschäftshaus
J. Lewin
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.
Nur bestbewährte gediegene Qualitäten zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990418028/fragment/page=0003

Fertige

Kleider, Kleiderröcke, Blousen, Morgenröcke in grosser Auswahl empfiehlt

C. A. Boegelsack

Specialhaus für Damenkleiderstoffe und fertige Kleider.

Impfe
jeden Mittwoch von 2–3 Uhr.
Dr. Eberius.

Impfe
Mittwoch und Donnerstag von 2–3.
Dr. Oppenheimer,
Leipziger Str. 71.

Impfe
Mittwoch und Sonnabend von 2–3 Uhr.
Dr. Rocco, Mauerstr. Nr. 1.

Impfe
jeden Mittwoch und Sonnabend von 3–4 Uhr. **Dr. Ulrich,**
Kl. Ulrichstr. 18a.

Impfe
jeden Mittwoch von 2 bis 3 Uhr.
Dr. Schuchardt,
Steinweg 46/47, 1 Tr.

Impfe
täglich Nachmittags von 2–3 Uhr.
Dr. Klautsch,
Kl. Klausstr. 11, p.

Impfe
Mittwoch und Sonnabend von 2–3 Uhr.
Dr. H. Böttger, Lessingstrasse.

Impfe
Mittwoch u. Sonnabend 2-3 Uhr.
Dr. P. Herzfeld, Leipziger Str. 10, II.

Ich impfe
jeden Mittwoch Nachmittag.
Dr. Frick.

Traut. Schaut. Wem?
Auskünfte Ermittelungen, Beobachtungen Vertrauens-Angel. jegl. Art
besorgt gewissenhaft, prompt u. diskret
Otto Harnisch, Halle a/S.,
Privat-Detectiv u. Auskunfts-Institut.

„Edelweiss."
Dampfwäscherei und Plättanstalt.
Fernsprecher 1257. Karlstr. 13.
Abholung, sowie Zusendung geschieht durch eigenes Gespann und kostenfrei.
Man verlange Preis-Verzeichniß.

C. Höpfner Nachf.

Fritz Möller, Photograph

jetzt **nur** noch: **Alte Promenade 1, pt.**
zwischen Stadttheater und Hauptpost, neben Bankhaus Lehmann.
Letzte Auszeichnung: Goldene Medaille, Leipzig 1897.
Hübsche moderne Räume, parterre. Permanente Ausstellung.

Wasserleitungsanlagen, Pumpenanlagen, Kanalleitungen
von gußeisernen Röhren, schmiedeeisernen Röhren, Blei- und Thonröhren, für Gemeinden, Güter u. Private, werden prompt und fachgemäß ausgeführt von
Wilmar Kaiser,
Eisleben.

Geschäfts-Verlegung.

Einem hochgeehrten hiesigen und auswärtigen Publikum mache ich die ergebene Anzeige, daß ich meine
Tuchhandlung mit Anfertigung feiner Herrenkleider nach Maass
von **Gr. Ulrichstr. 21** nach **Leipziger Straße 8, I.** verlegte.
Indem ich bei dieser Gelegenheit auf den bereits erfolgten Eingang der
Frühjahr- u. Sommerstoff-Neuheiten
aufmerksam mache, halte ich mich bei Bedarf bestens empfohlen.
Hochachtungsvoll **J. Neumann,** Schneidermeister,
Leipziger Straße 8, I. (im Hause des Herrn August Apelt).

A. Wegerich
jetzt ☛ Brüderstr. 2
empfiehlt seine Neuheiten in
Herren-Stoffen.
Wegen geringer Geschäftsspesen sichere äußerst billige Preise zu.
Brüderstr. 2, nahe am Markt.

Spazierstöcke
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Albin Hentze,
24 Schmeerstraße 24.

Handtücher
Servietten
Tischtücher
liefert gewaschen und mit der Dampfmangel gerollt tadellos und schnell
„Edelweiss"
Dampfwäscherei und Plättanstalt.

Brennabor

Das beste und beliebteste Fahrrad der Welt.

Alleinige Fabrikanten **Gebr. Reichstein,** Brandenburg a. H.
Erste und grösste Fahrrad-Fabrik Europas. ⊛ Errichtet 1871. ⊛ Betrieb: 2500 Arbeiter.

Ueber 1/4 Million Brennabor-Räder laufen in allen Welttheilen.
—◂ Verkauf 1898: 35000 Fahrräder. ▸—

Brennabor-Räder besitzen Eigenschaften und Vorzüge, welche vereinigt bei keinem anderen Rade zu finden sind. Allerbestes Material, grösste Stabilität bei leichtestem Gewicht und tadellos leichter und ruhiger Lauf haben Brennabor einen Weltruf gegeben.

Nur echt mit der Schutzmarke „Brennabor".

Vertreter für Halle a. S.:
H. Schöning, Fahrrad-Handlung, Gr. Steinstrasse Nr. 67.

Altes Gold, Silber, Juwelen, Uhren, Ketten u. dergl. kauft zu höchsten Preisen **Pohlmann,** Goldarbeiter, jetzt Dachritzstr. 6, I.

Auctionen.

Mittwoch, den 19. ds., Vorm. 11 Uhr, versteigere ich Geiststr. 39 hier zwangsweise: 1 Hobelbank, 1 Pianino, 4 photographische Amat.-Apparate, 1 Damenschreibtisch, Verticonds, Kleiderschränke, Sophas, Tische, Stühle, Spiegel rc.
Hirsch, Gerichtsvollzieher.

Donnerstag den 20. April cr. Vorm. 10 Uhr versteigere ich in den Lagerräumen des Spediteurs Herrn Reuter hier, Magdeburger Straße 61, zwangsweise folgende dort untergebrachte Sachen: 7 Schellengeläute, 2 compl. Kutschgeschirre, 2 Sättel, eine gr. Partie Kastern, Bügel, Trensen, Kandaren, Gurte, Zeugzeuge, Kutschgeschirrtheile, Kummetkissen, Pferdedecken, Peitschen, Wagenstangen, Ortscheite, Flankirstangen, 1 Cylinderbüreau, 1 Gartenbank, 1 Copirpresse, verschied. Hausgeräthe rc. **Dietze,** Ger.-Vollz.

Große Möbel-Auction.

Mittwoch den 19. u. Donnerstag den 20. ds. von Vorm. 9 Uhr ab versteigere ich in der „Kaiser-Wilhelmshalle" folgende neue Mobilien meistb. a. Baarz.: Büffets, Plüsch-Garnituren, Trumeaux, Pfeilerspiegel, Schreib- u. Kleiderschränke, Schreibtische, Sophas, Salon- und and. Tische, Bettst. m. Matr., Verticows, Küchen-Einrichtungen rc.
J. Stemmler,
gerichtl. vereid. Taxator u. vereid. Auctionator.

Auction.

Freitag, den 21. April, 12 Uhr, sollen im Hofe der Domkirche ein Posten
Brennholz u. altes Zink
meistbietend gegen baare Zahlung verkauft werden.
Der Königliche Baurath Matz.

Die Expeditionen der Saale-Zeitung befinden sich
Gr. Berlin, Neue Promenade 1 und Markt 24 (Waaggebäude).

Am 21. April d. J. gelangen
Mk. 22,000,000 3½ % Bremer Staats-Anleihe von 1899
zum Kurse von 96.30 zur Zeichnung.
Anmeldungen vermitteln wir kostenfrei.

Verschiedene kleinere und größere pupillarisch sichere 4 %ige Ackerbauhypotheken können wir cediren.

Halle a. S., Friedmann & Co.,
Leipziger Straße Nr. 36. Bank- und Wechsel-Geschäft.

Handschuh-Fabrik.
HANDSCHUH-WÄSCHEREI UND FÄRBEREI
Grösste Auswahl aller Arten
Christian Voigt Schmeerstr. 21. Fernspr. 244.
Handschuhe
Hosenträger
Cravatten

K. Gottgetreu, akademischer Kunstmaler,
Atelier für Unterricht im Zeichnen, Malen, Modelliren und Lederschnitt rc. Porträt — Landschaft — Stillleben usw. in Oel-, Aquarell-, Pastell-, Guache-Malerei nach Natur oder Vorlage. Ausbildung von Anfängern und Geübteren. Robert Franzstraße 1b.

---

2 Reklame-Anwälte empfehlen sich gemeinsam für jedwede Propaganda, zur Organisation aller Reklame, für Einführung von Neuheiten jeder Branche, Entwürfe wirksamer Prospekte, Inserate, Plakate, Packungen, Schutzmarken rc. rc. **Hochoriginelle Ideen. Langjährige Erfahrung. Große Erfolge.**
G. Schmidt-Bärwinkel & Oscar Webel, Leipzig, Reichsstr. 29/31

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 3 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990418028/fragment/page=0004